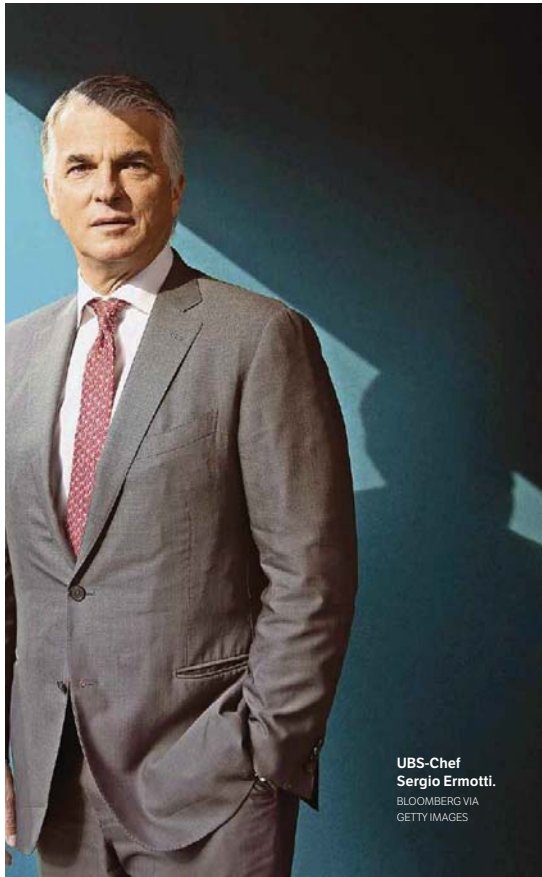


# genangriff über



UBS-Chef  
Sergio Ermotti.  
BLOOMBERG VIA  
GETTY IMAGES

## UBS zerzaust den Schuldspruch

Während die Grossbank in früheren Fällen nachgab, greift sie nun das Gerichtsurteil an

VON STEFAN BRÄNDLE, PARIS

Bei einer Pressekonferenz in Paris äusserten sich Vertreter und Anwälte der UBS zur Busse von 3,7 Milliarden Euro plus 0,8 Milliarden Schadenersatz für Steuerfluchthilfe. Die Kommentare reichten von «überraschend» und «abnormal» bis zu «skandalös». Der Hauptvorwurf lautet, dass das Gericht in der 217-seitigen Urteilschrift einzig den Standpunkt der Anklage aufgenommen habe; auf die Argumente der UBS sei es «nicht einmal eingegangen», wie Anwalt Denis Chemla erklärte. 93 Prozent des Urteils seien eine blosser Kopie der Anklageschrift.

Sehr fragwürdig sei auch die Berechnung des für Frankreich bisher unbekanntes Strafbeitrages, meinte Anwalt Jean Veil. Das Gericht habe fälschlicherweise den Betrag der Gelder gewählt, den französische Kunden bei der Rückführung ihrer Vermögen «reguliert» hätten. Richtigerweise hätte nur der versteuerte Teil dieser Aktiva in Rechnung gestellt werden dürfen. Der Bussenbetrag von 3,7 Milliarden sei deshalb zu hoch. Und der Schadenersatzbetrag von 800 Millionen Euro sei geradezu willkürlich, meinte Veil. Seine Höhe werde nicht einmal begründet.

Nachdem die UBS gleich nach dem Urteilsspruch am Mittwoch Berufung eingelegt hatte, machte sie mit ihrer Pressekonferenz vor französischen und Schweizer Journalisten klar, dass sie an ihrer Offensivstrategie festhalten will.

Eine Nachverhandlung für eine Vergleichslösung ist nach französischem Recht nicht mehr möglich, wenn das Gerichtsverfahren einmal begonnen hat. UBS-Chefjurist Markus Diethelm äusserte sich an der Pressekonferenz auch zur Frage, warum die UBS zuvor keine Einigung mit den französischen Untersuchungsbehörden erzielt hatte: Anders als die Privatbank HSBC, die sich mit dem französischen Staat auf eine Abfindung von 300 Millionen Euro geeinigt habe, sei sich die UBS keiner Schuld bewusst oder überführt; damit entfallende Grundlage für eine Verhandlung. Chemla präziserte, die Staatsanwaltschaft und die Schweizer Bank hätten zwar über eine aussergerichtliche Einigung diskutiert; doch habe man sich nicht auf einen Betrag einigen können.

Schaut man sich das Urteil und die UBS-Kritik genauer an, fällt auf, dass die Bank vor allem den Tatbestand der illegalen Kundenwerbung in Frankreich durch Schweizer Banker infrage zieht. Diesbezüglich hat sie offenbar starke Argumente. Etwas weniger kategorisch klingt die Verteidigung beim zweiten - wichtigeren - Tatbestand der Geldwäsche, also der Aufnahme nicht deklarierter Steuerfluchtgelder.

Experten schliessen angesichts der offensichtlichen Mängel des Urteils nicht aus, dass die UBS in zweiter Instanz besser wegkommen könnte. Von einem Freispruch bis zu einer Reduktion der Busse sind mehrere Möglichkeiten denkbar.

## Teurer Ablass für Schweizer Banken

### UBS: 5 Milliarden Franken

Diese Summe muss die UBS wegen **Steuerdelikten in Frankreich** aufbringen, wenn es nach dem Pariser Strafgericht geht. Die UBS hat gegen den Entscheid von dieser Woche Berufung eingelegt.

### CS: 2,6 Milliarden Franken

Die bisher höchste Busse, die rechtskräftig ist, zahlte die Credit Suisse im Jahr 2014 für die Beilegung des **Steuerstreits mit den USA**.

### CS: 2,5 Milliarden Franken

So teuer war die Busse, welche die Credit Suisse **in den USA für die Beilegung des Hypothekenverfahrens** zahlen musste. Nochmals 2,8 Milliarden musste die CS den Geschädigten überweisen.

### UBS: 1,5 Milliarden Franken

Mehrere Banken wurden verurteilt, weil sie den **Libor-Zinssatz manipuliert** haben. Teuer wurde dies für die UBS: Rund 1,5 Milliarden Franken zahlte sie Anfang 2017 in den USA.

### UBS: 780 Millionen Franken

Vergleichsweise «günstig» kam die UBS im **US-Steuerstreit** weg (CS: 2,8 Milliarden). Dafür war der Deal politisch teuer: Die Bank rückte 2009 entgegen dem damals geltenden Bankgeheimnis Kundendaten heraus.

### Julius Bär: 547 Millionen Franken

Die drittgrösste Busse im **US-Steuerstreit** (nach CS und UBS) setzte es für Julius Bär ab. Eine Rüge gab es gleichzeitig von der Schweizer Finanzmarktaufsicht.

### ZKB: 100 Millionen Franken

Vergleichsweise glimpflich kam im **US-Steuerstreit** die Zürcher Kantonalbank davon: 100 Millionen Franken, wie im Sommer 2018 bekannt wurde.

\* DOLLAR UND FRANKEN WURDEN IN DIESER SPALTE 1:1 UMGERECHNET

## PARLAMENT

# So viele Vorstösse wie noch nie

2352 Vorstösse in einem Jahr: Die anstehenden Wahlen sorgen für geschäftiges Treiben im Bundeshaus - das sind die Vorstösskönige

VON BARBARA INGLIN

Es soll niemand behaupten, die National- und Ständeräte lägen nur auf der faulen Haut. 2352 Vorstösse haben sie im vergangenen Jahr eingereicht. Im Schnitt sind das 9,6 pro Ratsmitglied, so viele wie noch nie, und zweieinhalb mal mehr als noch vor zwanzig Jahren. Besonders fleissig sind seit je die Nationalräte. Pro Kopf haben sie im letzten Jahr im Schnitt fast 11 Vorstösse eingereicht, dreimal mehr als ihre Kollegen im Ständerat.

Die Themen, derer sich die Ratsmitglieder annehmen, sind vielfältig: Sie wollen den Verkauf von Glühbirnen wieder erlauben und Tempo 140 auf der Autobahn zulassen. Sie wollen aber auch klären, ob die Post Altpapier einsammeln darf oder ob Lernfahrer schon vor dem 18. Geburtstag hinter Steuer sitzen dürfen.

In den Räten sorgt die eigene Betriebsamkeit immer wieder für Unmut. Denn jeder Vorstoss bedeutet Mehrarbeit und verursacht Kosten, im Durchschnitt gut 6000 Franken. Bundesrat und Verwaltung müssen Abklärungen treffen und Stellung nehmen. Im Parlament werden zusätzliche Sitzungen und Sondersessionen notwendig, um die Arbeitslast abzutragen. Trotzdem wollte das Parlament bis anhin nichts von einer Selbstbeschränkung wissen. Zuletzt erteilte es dem Postulat «Wehret der Vorstösswut» des Tessiner FDP-Ständerates Fabio Abate vor drei Jahren eine Absage. Für den letztjährigen Rekordwert hat Abate zwei Erklärungen: Die Parlamentarier wollten sich vor den anstehenden Wahlen bemerkbar machen. Zudem seien wichtige Themen wie der AHV-Steuer-Deal und die Beziehungen der Schweiz zur EU auf der Agenda gestanden. Einige Ratsmitglieder seien dabei stark im Fokus gestanden, so Abate. Wer nicht zum Zug kam, habe dies vielleicht mit zusätzlichen Vorstössen kompensiert.

### Profilierung und Präsenz

Vorstösskönig ist der Genfer SP-Nationalrat Carlo Sommaruga, der nicht weniger als 47 Vorstösse im vergangenen Jahr eingereicht hat, gefolgt von den Nationalrätinnen Lisa Mazzone (Grüne/GE) und Barbara Steinemann (SVP/ZH) mit je 44 Vorstössen. Sommaruga begründet seine Spitzenposition damit, dass er Bundesrat während der Fragestunde der Session häufig Fragen

stelle. «Damit erfahren ich und die Bürgerinnen und Bürger schnell und unkompliziert die Haltung des Bundesrates zu aktuellen Themen», so Sommaruga. Die Beantwortung der Fragen verursache keinen grossen Aufwand. Bei Vorstössen wie Motionen und Postulaten, die eine Gesetzesänderung oder einen ausführlichen Bericht nach sich ziehen, sei er zurückhaltend.

Damit ist Sommaruga nicht der Einzige. In die Höhe geschneilt ist in den letzten zehn Jahren vor allem die Zahl der Eingaben in der Fragestunde sowie der Interpellationen, welche ebenfalls durch eine einfache Bundesratsantwort erledigt werden. «Man könnte den Parlamentariern unterstellen, dass sie sich zunehmend profilieren wollen und mit diesen relativ einfachen Vorstössen auf Medienpräsenz hoffen», sagt Marc Bühlmann, Professor für Politikwissenschaft und Direktor von Année Politique Suisse an der Universität Bern. «Positiv betrachtet zeigt die Zunahme aber auch, dass das Parlament der Verwaltung und dem Bundesrat genau auf die Finger schaut und seine Aufgabe wahrnimmt.»

### Keinen einzigen Vorstoss

Am anderen Ende der Vorstössskala steht Markus Ritter. Der CVP-Nationalrat und Bauernverbandspräsident hat im vergangenen Jahr keinen einzigen Vorstoss eingereicht und seit er 2011 ins Parlament gewählt worden ist gerade einmal deren drei. «Weniger ist manchmal mehr», findet er. Wenn es nur um Informationsbeschaffung gehe, frage er jeweils direkt beim Bundesrat oder bei der Verwaltung an. «So hat man sehr schnell und präzise die gewünschte Antwort.» Die Öffentlichkeit erfährt damit allerdings nichts von seinem Engagement. Als Bauernpräsident habe er aber ohnehin mehr als genug Medienpräsenz, sagt Ritter. Dafür, dass andere Kollegen, gerade jetzt vor den Wahlen, vielleicht auch mit Vorstössen um mediale Aufmerksamkeit kämpften, habe er ein gewisses Verständnis.

Nicht nötig haben dies, wie Ritter, weitere politische Schwergewichte in Bern. Ebenfalls keinen einzigen Vorstoss eingereicht haben im letzten Jahr unter anderen die Parteipräsidenten Petra Gössi (FDP) und Christian Levrat (SP), der 2018 noch amtierende Gewerkschaftsboss Paul Rechsteiner (SP) und Gewerbeverbandspräsident Jean-François Rime (SVP).



**46 Vorstösse**  
Carlo Sommaruga  
Nationalrat SP/GE



**44 Vorstösse**  
Lisa Mazzone  
Nationalrätin Grüne/GE



**44 Vorstösse**  
Barbara Steinemann  
Nationalrätin SVP/ZH

